

## offener Brief

- an Polizisten im Querumer Forst
- an Demonstranten im Querumer Forst
- an die Untere Naturschutzbehörde der Stadt BS

2010-01-30

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig wird unter dem Aktenzeichen NZS 123 UJs 3647/10 ein Ermittlungsverfahren wegen möglicher Verstöße gegen das Bundesnaturschutzgesetz geführt. Die zuständige Staatsanwältin ist Frau Quebbemann. Auch wenn der Einsatzleiter der Polizei, Herr Radek, angeblich etwas anderes behauptet hat: **NEIN, - das ist keine Ente!**

Ich hatte gestern leider selbst keine Zeit. Deshalb hat ein Freund von mir die Unterlagen dazu in den Wald gebracht, damit die Polizei sofort Bescheid weiß, und ggfs. weitere Straftaten vor Ort verhindert, bzw. im Zusammenhang mit ggfs. bereits begangenen Straftaten konkret und intensiv ermittelt – und zwar möglichst bevor ggfs. widerrechtlich gefällte Bäume abtransportiert werden.

Da die Polizei ein Schreiben von der Staatsanwaltschaft offenbar als „Ente“ ansieht und sodann natürlich auch nichts tut um zu ermitteln möchte ich den Polizisten vor Ort folgendes sagen:

- 1) Ich bin KEIN absoluter Gegner des Flughafenausbaus. Mich stört die Art und Weise!
- 2) Zur Art und Weise gehört auch, dass ein vorgelegtes Dokument der Staatsanwaltschaft den Demonstranten vom Einsatzleiter vor Ort angeblich als „Ente“ verkauft wird.
- 3) Inwieweit das „nur“ im moralischen Sinne unredlich ist, - oder gar im dienstrechtlichen Sinne „untätig“ wird im Nachgang sicher noch zu klären sein.

Von falsch informierten Politikern im Stadtrat (die gingen vom Stehenbleiben einer Waldspange aus, als sie dem Ausbau zugestimmt haben) bis zu Textbausteinen die zwischen Antragsteller und prüfender Behörde hin und her geschickt wurden ist dieser ganze Vorgang „fischig“, und den Details werde ich weiterhin aufmerksam nachgehen!

In meiner Vorstellung von Nachhaltigkeit muss der Querumer Forst am Ende wenigstens für eines gut gewesen sein: Es wird im Nachgang geklärt, wer auf welche Art versagt hat, und wo ggfs. das System versagt hat. Dazu gehört auch eine Eingabe beim Petitionsausschuß des Bundestages, die es künftig verhindern soll, dass ein Antragsteller (hier die Stadt BS) in eigener Sache prüfend und sogar genehmigend tätig wird. Siehe „Vernetzung der Beteiligten“ auf [www.querumer-forst.de](http://www.querumer-forst.de)

Und auf die Gefahr hin, dass ich mich damit bei den Naturschützern vor Ort nun völlig unmöglich mache: Es wird auch im Nachgang zu klären sein, warum beim NABU Braunschweig kein Geld für eine Verfassungsbeschwerde da war, obwohl der NABU Bundesverband zweistellige Millionenbeträge pro Jahr einnimmt. Hätte der NABU Bundesverband diese Aktion vor Ort z.B. mit 30.000 Euro statt mit 3.000 Euro unterstützt, wäre das vermutlich noch rechtzeitig möglich gewesen.

Wer für die Natur jetzt noch etwas erreichen möchte, der muss die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen kritisch begleiten, und wer für die politische Kultur in Deutschland etwas tun will, der muss sich mit der Gesetzeslage, mit dem Verhalten von Politikern und der Position von einschlägigen Verbänden gleichermaßen kritisch auseinandersetzen. Wer mich dabei unterstützen möchte ist jederzeit herzlich willkommen.

Viele Grüße

Klaus Marwede